

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, kirchliche u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.  
Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. Z. V.) - Verlagssort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 33. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedrich Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensdorf bei Herrn Ewald Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursa- chen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung und Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fern- sprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erste Seite werktägl. Nachm. Bezugspreis monat- lich im voraus 150 R.-M. Pfg. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-M. Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,16 R.-M. Pfg. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M. Pfg. 3 gesp. Kleinzeile 0,45 R.-M. Pfg., Hinweise auf Anzei- gen und Eingefandte 0,10 R.-M. Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-M. Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 1. Postfach Nr. 2. Postamt Waldenburg. Stadtpostamt Waldenburg 90. Abgabe gegen nur bei praktischer Zahlung, bei zwangsvol- ler Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Am weitesten verbreitet in den Ortsteilen der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba- Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 117

Mittwoch, den 21. Mai 1930

52. Jahrgang.

## Italien, England und Amerika gegen den Paneuropa-Plan.

Der Reichspräsident empfing gestern Dr. Curtius zum Vortrag.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat den Diskont- zins auf 4 1/2 Prozent ermäßigt.

An der Berliner Mittagsbörse wurde der Privatdis- kontsatz auf 3 1/2 Prozent herabgesetzt.

Der Präsident der Reichsvermögensverwaltung ist zu den in Paris anberaumten Verhandlungen über die Zurückgabe des beschlagnahmten Eigentums berufen worden.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, wird wegen der Vorgänge in Lübeck mit Professor Cal- mette in Paris eine eingehende Rücksprache haben.

Der Erzbischof von Westminster in London, Kardinal Bourke, weilt in Köln, um Kardinal Schulte einen Gegenbesuch zu machen.

Die Franzosen wollen heute mit der Räumung des Rheinlandes beginnen.

Der Ausweisungsbefehl gegen Trozki ist von der rus- sischen Regierung um ein Jahr verlängert worden.

Die amerikanischen Blätter messen dem Vorschlag Briands wegen eines vereinigten Europas keine Be- deutung bei.

Waldenburg, 20. Mai 1930.

Unter den Genfer Ministerbesprechungen hatte die Aussprache zwischen dem französischen Außenminister Briand und seinem italienischen Ministerkollegen Grandi eine besondere Bedeutung. Durch die Vermittlung des Leiters der englischen Außenpolitik, Henderson, sollte gelegentlich der Ratstagung ein Ausgleich der italienisch-französischen Interessengegenstände herbei- geführt werden. In erster Linie war es der englischen Regierung darum zu tun, die Meinungsverschieden- heiten, die sich auf der Londoner Flottenkonferenz zwi- schen Italien und Frankreich ergeben hatten, zu be- seitigen und dann die rivalisierenden Mittelmeer- mächte in das Flottenabkommen der großen Seemächte Eng- land, Amerika und Japan mit einzubeziehen.

Der erfolglose Ausgang der italienisch-fran- zösischen Sonderverhandlungen ist bekannt. Ueber die große Streitfrage der Flottengleichheit wäre man viel- leicht zu einer Verständigung gelangt. Italien hatte aber noch eine zweite Frage aufgeworfen, die ein Schei- tern der Verhandlungen von vornherein unvermeidlich erscheinen ließ. Grandi hatte nämlich neben der sofor- tigen Wiederanbahnung der Verhandlungen über die Beschränkung der Seeabrüstungen eine unzugängliche direkte Fühlungnahme zwischen Rom und Paris über die Mittelmeer-Verhältnisse, vor allem über die Besitzverhältnisse in Tunis gefordert.

Ein großer Prozentsatz der Bevölkerung von Tunis setzt sich bekanntlich aus Italienern zusammen, die aus ihrem überfüllten und an Arbeitsmöglich- keiten armen Heimatlande auswandern mußten. Diese Abwanderung nach den französischen Kolonien in Nord- afrika hat sich im Laufe der letzten Jahre noch in ver- stärktem Maße fortgesetzt. Das italienische Volk zählt heute bald 43 Millionen, die jährliche Bevölkerungs- zunahme beträgt etwa eine halbe Million. Für diese Millionenbevölkerung in dem an Rohstoffen armen Lande Ernährungs- und Erwerbsmöglichkeiten zu schaf- fen, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Regierung. Die Ausfuhr menschlicher Arbeitskraft wird sich nie vermeiden lassen, und da ist es ganz natürlich, daß sich der Strom der Auswanderer zunächst in das be- nachbarte nordafrikanische Küstengebiet ergießen muß. Italien besitzt hier zwar die Kolonie Tripolis, doch gehen die Kolonialwünsche Mussolinis bedeutend wei- ter. Er hat durch Grandi an das Abkommen von 1916 erinnern lassen, in dem Frankreich der italienischen Regierung die Abtretung des Tschad-Gebie- tes zwischen Tripolis und den französischen mittelafri- kanischen Kolonien zugesagt hatte. Frankreich hatte 1919 die Abtretung an Bedingungen genehmigt, die von Italien nicht durchgeführt werden konnten. In Genf wurde jetzt von Grandi erneut die Erfüllung des Ab- kommens gefordert und direkte Verhandlungen der Außenminister angeregt. Briand hat diesen Vorschlag abgelehnt und darauf bestanden, daß die Prüfung

der Mittelmeerfrage auf dem langwierigen diploma- tischen Wege fortgesetzt und die Flottenfrage den Ergeb- nissen dieser Verhandlungen untergeordnet werde.

In Rom ist man über die Zurückweisung der ita- lienischen Forderungen stark verstimmt und schließt aus der ablehnenden Antwort Briands, daß Frankreich an einer Flottenverständigung mit Italien nichts mehr liegt. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind heute jedenfalls gespannter als je zuvor. Mus- solini selbst hat es für notwendig erachtet, sich in einer äußerst scharfen Erklärung mit Frankreich aus- einanderzusetzen. Gelegentlich seiner Reise durch Tos- cana hielt er in Florenz vor einer ungeheuren Men- schenmenge eine sensationelle Rede, die als eine deut- liche Warnung an Frankreich zu betrachten ist. Der Duce betonte noch einmal, daß das italienische Flot- tenprogramm vollständig durchgeführt werde, Sonne für Sonne, und daß die 29 neuen Ein- heiten vom Stapel laufen werden. „Es gibt jenseits der Grenze Männer“ — so erklärte Mussolini — „die glauben, das italienische Volk isolieren zu können, und nicht abgeneigt sind, einen Krieg gegen das italie- nische Volk zu entfesseln. Wir warten am Grenz- bergang, und wenn sich derlei an der Grenze ab- spielen sollte, so werden wir, das Volk, die Schwarz- hemden und das Heer, unseren Platz mit einem noch nie gesehenen Schwung ausfüllen. Italien ist jetzt in allen seinen Kräften so organisiert, daß man es nicht ohne Todesgefahr angreifen kann. Wer in das kriege- rische Antlitz des faschistischen Italiens schaut“, so schloß der Duce unter dem Beifallstoben der unüber- sehbar Menge, „der wird erkennen, daß die Freund- schaft Italiens sehr wertvoll ist und seine Feind- schaft aber unerbittlich.“

Diese Warnung Mussolinis an Frankreich läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Noch deutlicher wird die faschistische Presse, die unter nicht mißzuver- stehender Anspielung auf die Paneuropäen- schrift Briands von der Falschheit eines gewissen Pazifismus und der Zweideutigkeit gewisser Theorien spricht.

### Italienische Luftdemonstration.

Am 8. Juni wird vor den Toren Roms beim Flugfeld del Littorio eine Kundgebung der italienischen Flugstreitkräfte stattfinden, wie sie bisher noch nie veranstaltet worden ist. Zweifelslos handelt es sich um eine Demonstration, die die Schlagfertigkeit und Eignung der italienischen Luftstreitkräfte beweisen soll. An den „Tag des Flügels“, dem „Giorno dell'Ala“, werden zwanzig Geschwader verschiedener Flugzeuggat- tungen teilnehmen. Das Programm umfaßt Einzel- darbietungen, Gruppenmanöver, Kunstflüge, Fallschirm- vorführungen usw. Unter anderem wird ein Angriff auf eine Stadt erfolgen, die in arabischem Stil zu die- sem Zweck an den Ufern des Tiber erbaut worden ist. Sie soll den Bomben zum Opfer fallen. Der König, Mussolini, die Spitzen der Behörden und das diplo- matische Korps sollen der Veranstaltung beiwohnen.

### Das Rheinland am 30. Juni frei.

Offizielle Mitteilung an den deutschen Botschafter. Heute Beginn der Räumung.

Paris, 19. Mai.

Der französische Ministerpräsident Tardieu emp- fing am Montagmittag den deutschen Botschafter von Hoeß und bestätigte ihm, daß, nachdem der Young- plan am Sonnabend in Kraft getreten ist, die franzö- sische Regierung gemäß ihren Erklärungen vor dem Parlament den Befehl erteilt hat, die dritte Rhein- landzone zu räumen. Wie verlautet, wurde außerdem Einverständnis erzielt über die verschiedenen die Räu- mung betreffenden Einzelfragen, die gemäß dem von der Rheinlandkommission und den französischen Mili- tärbehörden aufgestellten Programm durchgeführt wer- den. In Ausführung dieses Programms werden alle französischen Truppen die dritte Besatzungszone am 30. Juni verlassen haben, und das Ende

der Besatzung wird an diesem Tage offiziell notifiziert werden.

Der Räumungsbefehl ist inzwischen im besetzten Gebiet eingetroffen. Das Oberkommando der fran- zösischen Rheinarmee hat dem Präsidenten der Reichs- vermögensverwaltung für die besetzten Gebiete mitge- teilt, daß das französische Kriegsministerium den Be- fehl erteilt habe, mit den Räumungsvorkehrungen am 20. Mai zu be- ginnen.

Einzelheiten bezüglich der Durchführung der Räumung sollen nach ihrer Festlegung noch bekanntgegeben wer- den. Wegen der praktischen Durchführung finden jetzt in Paris Verhandlungen statt, an denen auch der Präsident der Reichsvermögensverwaltung insbesondere wegen der Zurückgabe des beschlagnahmten Eigentums teilnimmt.

### „Letzte Mahnrufe“ der Pariser Presse.

„Frankreich gibt seine letzten Garantien auf.“

Der am 17. Mai von der französischen Regie- rung erteilte Räumungsbefehl der dritten Rheinland- zone veranlaßt die Pariser Rechtspresse zu einem „let- zen Mahnrufe“. So schreibt der „Figaro“, dieser Be- fehl bedeute den Abschluß einer Epoche, in der Frank- reich noch erfolgreich, seinen historischen Traditionen getreu (1), für den europäischen Frieden habe wirken können. Jetzt beginne eine Epoche voller Gefahren. Diejenigen Leute, die von der Räumung des Rhein- landes und der Liquidation des Krieges eine politische Entspannung erwarten, irren sich. Das Gegenteil sei der Fall.

Die „Liberté“ schreibt im gleichen Zusammenhang, Frankreich gebe durch die Räumung seine letzten Ga- rantien auf und bleibe Gottes Schutz anbefohlen.

### Politische Rundschau Deutsches Reich.

Staatssekretär Scheidt 60 Jahre alt. Dieser Tage vollendete Staatssekretär Scheidt vom Wohlfahrts- ministerium sein 60. Lebensjahr. Seit zehn Jah- ren ist er Staatssekretär des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt. Er hat entscheidend mitgewirkt bei allen wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswezens, des Städtebaues, der gesamten Wohlfahrtspflege und der allgemeinen Für- sorge. Die Technische Hochschule seiner Vaterstadt Han- nover hat ihn zum Dr.-Ing. e. h. ernannt.

Teilnahme von Behördenvertretern an Veran- staltungen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Runderlaß des Ministers des Innern entnimmt, ist nach wie vor darauf zu achten, daß die Vertreter von Behörden bei der Teilnahme an Veranstaltungen nicht durch den Verlauf der Veranstaltung in die Ge- fahr geraten, sich mit ihren Pflichten gegenüber der verfassungsmäßigen Staatsform in Widerspruch zu setzen oder sich in den Verdacht unangemessenen Ver- haltens vor der Öffentlichkeit zu bringen.

Kaz befreit eine Zuwendung an die Kommuni- stischen. Im Klaverausschuß des Preussischen Landtags bezeichnete der Zeuge Stadtrat Kaz, er habe der kom- munistischen Stadtverordnetenfraktion für ihre Zustim- mung zu dem Grundstücksgeschäft am Potsdamer Platz 40 000 Mark geboten und selbst eine Provision erhal- ten, als glatte Verleumdung.

Keine Herabsetzung der Rundfunk- und Fern- sprechgebühren. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat den Haushalt des Reichspostministeriums ohne Ven- derungen angenommen. Reichspostminister Dr. Schädel erklärte zur Finanzlage der Reichspost, die Einnahm- steigerung habe sich im Laufe des Jahres erheblich vermindert. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit habe die Post das Mögliche getan. Auf verschiedenen Ge- bieten diene die Post der Wirtschaft durch Leistungen, bei denen ihre Kosten nicht voll gedeckt werden. Der Zeitungsdienst sei beispielsweise zu mehr als 50 v. H. unrentabel. Auch im Telegraphenverkehr werde zuge- setzt. Die Bekräftigung der Landpostzustellung werde weiter durchgeführt. Es seien über drei Millionen